

# Volksblatt

Das „Volksblatt“ erdient mit täglichen Beilagen, (Kultur, Religion, Kinderfreund) sowie „Wolk u Welt“ Anzeigen, eingehenden Manuskripten ist stets das Honorar zu bezahlen. Das „Volksblatt“ ist das Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Sara 4244, Gedruckt bei zwei Treppen, Bernsdorf-Str. 46/67, Zentral-Verlagsanstalt mitteleurop. von 12 bis 1 Uhr

**Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg**

**Bezugsbedingungen:** Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten aufgestellt 2,40 Mk.; bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg im Voraus und 30 Pfg. im Rückhaken. 6. Millimeter — Hauptgeschäftsstelle: Sara 4244, Fernruf 4606. — Zweigstelle: Ur-Ulrichstraße 27 — Postfachkonto 20319 Erfurt

## Erfolge der G.D.

**Verlängerung der Unterstützungsdauer für die Erwerbslosen um 13 Wochen. Wiederaufnahme der Ausgefuehrten. / Aufhebung der Salzsteuer.**

### Kleinarbeit mit großen Wirkungen.

Als die Deutschnationalen erkannten, daß die Regierungsvorarbeiten mit den Sozialdemokraten über die Herstellung einer Weisheit zur Verabschiedung der Steuererlasse verhandeln, sind ihre Anstrengungen immer stärker geworden. Sie wurden ferner hervorgerufen durch die Verwirklichung, daß die Regierungsparteien der Sozialdemokratie sachliche Zugeständnisse auf Kosten des von den Deutschnationalen unter allen Umständen zu schützenden Großbesitzes machen würden. Auch in der Donnerstagssitzung des Reichstages hat sich Herr Gierg nochmals angeboten und Verhandlungen mit ihr direkt verlangt. Die haben inzwischen auch stattgefunden, da sich die Deutsche Volkspartei der wilden Agitation der Deutschnationalen nicht preisgeben will.

Die am Donnerstag endlich zu Ende geführte Generaldebatte war nach zwei Richtungen hin bemerkenswert. Zunächst hat der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold auf ein Verlangen der Sozialdemokratie erklärt, daß er den Satz von 0,75 bei der Umsatzsteuer nicht als einen Dauerzustand anerkennen will. Ein in den Weltverkehr verflochtenes Land wie Deutschland könne auf die Dauer eine so hohe Vorbelastung seiner Produktion nicht ertragen. Mit Verringerung der Reichsfinanzen müsse deshalb eine weitere Senkung der Umsatzsteuer vorgenommen werden. Außerdem hat die Debatte wieder einmal die abgrundtiefe Verlogenheit der Deutschnationalen bewiesen. Sie wollen, wie ihre ursprünglichen Anträge im Reichstage beweisen, einen starken Abbau der Einkommen- und Vermögensbelastung des Großbesitzes. Sie wollen ihn sogar von den Rentenbesitzern und den Zinsen für die Industriebankrottationen, die an die Entente geschah, werden, auf Kosten der Reichskasse entlasten. Nach außen hin wollen sie als die Freunde des Volkes erdienen und propagieren, deshalb einen vor ihrer eigenen Landesregierung auf das härteste beschimpften Antrag auf Beseitigung der Hauszinssteuer, soweit sie fiskalischen Zwecken dient. Die Deutschnationalen haben außerdem den Reichsfinanzminister heftig angegriffen, weil seine Steuerentlastungspläne zu weit gehen. Sie selbst aber stellen Anträge, die statt eines Ausfalls von etwa 500 Millionen einen Ausfall von 1800 bis 2200 Millionen Mark zur Folge haben würden. Das nennt man dann „Staatsverfallende“ Politik.

Am Donnerstagnachmittag fanden auf Wunsch der Regierungsparteien Besprechungen mit der sozialdemokratischen Fraktion über deren Forderungen statt. Sie hatten das Ergebnis, daß den sozialdemokratischen Forderungen in wichtigen Punkten entsprochen wurde. Die sozialdemokratische Fraktion hatte gefordert, daß die Unterstützungsdauer für die Erwerbs-

losen um 13 Wochen verlängert wird und die bereits Ausgefuehrten wieder in die Erwerbslofenfuehrung eingegliedert werden. Sie verlangte ferner, daß eine allgemeine Ermäßigung der Vermögenssteuer infolge des Anfalls der Veranlagung für das Jahr 1926 nicht eintritt. Außerdem sollte die Begrenzung der Friedensnieße auf 10 Prozent bis zum 1. April 1927 verlängert werden. Schließlich forderte sie eine Ermäßigung der Zudersteuer und die Beseitigung der Kleinverbrauchssteuern.

Die sozialdemokratischen Forderungen zur Erwerbslofenfuehrung wurden anerkannt. Infolgedessen soll die Unterstützungsdauer um 13 Wochen verlängert werden; die bereits Ausgefuehrten sollen wieder die Unterstützungsberechtigung erlangen. Hinsichtlich der Verlängerung der bisherigen Unterstützungsdauer einmündlich der Kurzarbeiterunterstützung, die bis 1. Mai 1926 begrenzt sind, durchgesetzt.

In bezug auf die Mietsteuer wurde folgender Antrag als Änderung des Finanzausgleichsgesetzes beschlossen: Die Miete von 100 Prozent der Friedensnieße darf bis zum 31. März 1927 nicht über 5 Prozent steigen. Ausnahmen sind nur zulässig, soweit die Befreiung einer höheren Miete erforderlich ist, um die in dem § 26 Absatz 3, 4 vorgesehenen Zuweisungsbeträge sicherzustellen. Soweit die Miete für die Zeit nach dem 1. April 1927 bereits höher festgelegt ist oder die in § 26 Absatz 3, 4 vorgesehenen Zuweisungsbeträge bereits überschritten sind, bleiben die jetzt höheren Bestimmungen unberührt.

Praktisch ist damit erreicht, daß für alle Häuser, die die Friedensnieße nach dem 31. März 1927 ausgeschrieben ist, die Mietsteuern nicht erhöht werden. Ein Heberfuehrer der Friedensnieße nach dem 31. März 1927 ausgeschrieben ist.

In bezug auf die Vermögenssteuer wurde erreicht, daß das Mindestauskommen entsprechend dem Vorschlag geteilt auf 400 Millionen Mark für das Jahr 1926 festgelegt ist. Eine allgemeine Senkung ist damit verhindert worden. Die Weinsteuer wird aufgehoben. Die Biersteuer bis zum 1. Januar 1927 hinausgeschoben. Die Zeltsteuer in Form einer Vorkaufsteuer wird vom 1. Juli 1926 an eingeführt. Die Salzsteuer wird vom 1. April 1926 an, also mit sofortiger Wirkung, aufgehoben. Vor allem aber ist bedeutsam, daß eine Ermäßigung der Zudersteuer gesichert ist. Da die Zudersteuer eine verpöbete Steuer ist, muß das auf dem Wege gefehlt, daß ein Ausstieg dafür, auch die Erhebung der Brunneneinsteuer erzielt wird. Weibes soll bis zum 1. Oktober 1926 durchgefuehrt sein, so daß auch die Vorkaufsteuer der Reparationsagenten, dem der Betrag der Zudersteuer verpöbet ist, vermieden werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte in einer Abstimmung diesem Ergebnis der Verhandlungen zu, so daß die Verabschiedung des Steuerkompromisses jetzt gesichert ist. (Siehe auch Seite 2.)

### Endlich freigelassen.

Berlin, 26. März. (Nationalen.) Der Schauspielers Rolf Gärtners, der im Juni 1925 vom Staatsgerichtshof wegen Vertrags „aufreißender“ Gedichte zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, ist nun beurlaubt worden. Die weitere Strafe ist ihm erlassen worden unter der Bedingung, daß er in den nächsten drei Jahren kein Verbrechen und kein schändliches Vergehen begeht. Einen ersten Gnadenbeweis hat er vor einiger Zeit als unerschrocken mit seiner Ehre abgelegt, worauf das Reichsjustizministerium das Gnadenrecht, das Gärtners eingereicht hatten, nicht weitergab. Inzwischen hat sich das Reichsjustizministerium — es war auch höchste Zeit — anders besonnen.

### Auflösung abgelehnt.

Ein folgenschwerer Schritt der rechtsen Fraktionsmehrheit.

Dresden, 26. März. (Eig. Drahtbericht.)

In der Donnerstagssitzung des Sächsischen Landtages wurde ein Antrag der sozialdemokratischen Minorität auf Auflösung des Landtages mit 60 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Gegen den Antrag stimmten sämtliche bürgerlichen Parteien und die Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Die Haltung der Fraktionsmehrheit verhielt gegen die Vereinbarungen sächsischer Parteien mit dem Parteivorstand. Es ist anzunehmen, daß die Haltung der Fraktionsmehrheit zu den einschneidenden politischen und organisatorischen Maßnahmen innerhalb der Partei führen wird.

Der „Vorwärts“, der diese Auffassung ebenfalls teilt, schreibt: „Damit ist die Hoffnung, die beide Parteien nicht nur in Sachsen auf eine gütliche Beilegung des Sachsententnisses hoffen,

gefehlet. Das ist um so bedauerlicher, als die Möglichkeit, durch ein geschicktes Vorgehen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Sachsen die Grundlage für eine Befreiung des Parteistretes im Lande zu schaffen, nunmehr wohl als ausgeschlossen bezeichnet werden muß. Und das, trotzdem allgemein nach den Vermittlungen des Parteivorstandes und nach dem Verlauf des Sächsischen Landestags am 30. und 31. Januar 1926 in der Partei die Auffassung verbreitet war, daß nunmehr die Bahn frei sei für ein gemeinsames verständnisvolles Zusammenarbeiten und „minderberet“.

### Erst am 8. April Mitteilung des endgültigen Wahlergebnisses.

Das endgültige Ergebnis des Volksbezugs wird jetzt, gegliedert nach unieren Verwaltungsbezirken und Gemeinden, festgestellt. Diese Arbeiten sollen so beschleunigt werden, daß in den einzelnen Wahlkreisen die Einzelauszahlungen spätestens am 8. April amtlich festgelegt ist. Hierfür wird der Reichswahlprüfung das amtliche Endergebnis für das ganze Reich prüfen. Mit der Veröffentlichung dieses endgültigen amtlichen Ergebnisses kann etwa für den 1. April gerechnet werden. Die Reichswahlprüfung sind die sechs größten Parteien des Reichstages vertreten durch Abg. Dittmann (Soz.), Abg. Dietrich (Völk. Fr.), Regierungsrat Dr. Röder (Zit.), Fried (Komm.), Garnitz (D.D.P.) und Professor Dr. Danneberg (Höll.). Den Vorsitz im Reichswahlprüfung hat der Reichswahlleiter Professor Dr. Wagemann.

Die Gesamtzahl der Stimmberechtigten beim zweiten Wahlgang der Reichswahlprüfung ist auf 39 421 617 ermittelt. Insgesamt haben sich also 31,74 Prozent dieser Stimmberechtigten eingetragen.

Der Reichstag genehmigte am Donnerstag die Vorlage über Ausprägung von 50 Millionen 2-Mark-Stücken in Silber.

## Die Londoner Vereinbarungen.

Ein Sieg im Kampf um den Achtstundentag.

Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit ist ein Kampf um Kultur; jeder Schritt vorwärts in diesem Kampf ist zu begrüßen. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, bedeuten die Londoner Vereinbarungen der führenden europäischen Arbeitsminister über das Washingtoner Abkommen zweifellos einen Schritt vorwärts. Sie haben den Weg zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens freigemacht. Man mag gegen dieses Abkommen einwenden, was man will, man mag darauf hinweisen, daß von seiner Regelung große Teile der Arbeitnehmerschaft, z. B. im Handel, ausgeschlossen sind — aber das Abkommen ist und bleibt, sobald es einmal eine Verständigung und Zusicherungen ratifiziert ist, ein Unterfangen für den Sieg im Kampf um den Achtstundentag.

Die Londoner Besprechungen waren notwendig, um eine Verständigung über die Auslegung des Washingtoner Abkommens herbeizuführen und die Spannungsbilder gegen die Ratifikation aus dem Weg zu räumen. Die Vereinbarungen bringen Fortschritte, und doch haben sie teilweise auch ihre schwachen Mängel. Es ist zu begrüßen, daß von dem Abkommen jetzt 1116 gemeinschaftliche Betriebe, ausgenommen die Familienbetriebe, umfasst werden sollen. Die Regelung der Nachzahlung ausgesetzter Arbeitszeit ist im großen und ganzen annehmbar. Auch die Frage der Arbeitsbereitschaft ist, wenigstens nach den amtlichen Auslegungen, einigermaßen erträglich. Hochverarbeiter oder auch Maschinenisten, die ihr Manometer beobachten, fallen nicht unter die Arbeitsbereitschaft; dagegen z. B. der Chauffeur. Abwehner ist die Regelung für das Baugewerbe, für dessen Sommerarbeitszeit starke Verlängerungen zugelassen werden. Überwiegend bedenklich ist auch die Nichtfestsetzung der Lebensunterhaltszahl für das Jahr.

Es soll nach den Vereinbarungen u. a. zur Zufriedenheit der Belegschaft jedes Landes gehören, für die nach Artikel 6b zu leitenden Überstunden eine Höchstzahl festzusetzen. Soll diese Lebensunterhaltszahl 50 oder 250 betragen? Soll praktisch im Laufe des Jahres ein Abzug oder ein Resturlaubstag herauskommen? Soll es so sein wie bei der französischen Forderung, wo theoretisch der Achtstundentag besteht, praktisch aber mit Hilfe einer Überstunde der Neunstundentag durchgeführt ist? England hatte die Bindung der Lebensunterhaltszahl gefordert, schließlich aber nachgegeben. Auch gegenüber der zwingenden Vorfrist von 25 Prozent Lohnzusatz für die Überstunde kann man sehr skeptisch sein, denn diese 25 Prozent können bis zum nächsten Beschäftigten in den 26 Stunden einfallen. Diese Zusammenbringung der 48-Stunden-Woche auf fünf Tage oder in zwei Wochen auf elf Tage ist ebenfalls zu beklagen.

Was die Vereinbarungen für die Eisenbahner bringen, muß mit großer Vorsicht ausgenommen werden. Erfordernis ist hier, wie die Vereinbarungen im kommenden Arbeitszeitgesetz durchgefuehrt werden. Auffallend ist, daß der Reichsarbeitsminister in London im Gegensatz zu den übrigen Arbeitsministern merkwürdig viel über die Eisenbahnerfrage sprach. Das ruft die Befürchtung nach, daß die Arbeit besteht, bei der Neuregelung des Achtstundentags für die Eisenbahner zu durchlöchern.

Die Fassung der Vereinbarung zu dem vielmehreren Artikel 14 ist bedenklich, allgemein und dehnbar. Die Aufhebung des Abkommens soll möglich sein bei einer Krise, die die nationale Wirtschaft so stark trifft, daß die Lebensmöglichkeiten der Bevölkerung bedroht sind. Die entscheidende Frage ist: wann ist das der Fall. Hier wird, wie wir erfahren, nach dem neuen Arbeitszeitgesetz die Entscheidung in die Hand des Parlaments gelegt werden und nicht durch Verordnung erfolgen. Also nur bei Reichstag wird darüber zu entscheiden haben, wenn von dem Artikel 14 Gebrauch gemacht werden darf. Kommt es zu seiner Anwendung, dann wird wiederum der Reichstag zu entscheiden haben, für welche Wirtschaftszweige die Arbeitszeitverlängerung in Betracht kommen kann.

Man sieht, der wahre Wert der Londoner Vereinbarungen läßt sich erst im Vergleich mit dem neuen Arbeitszeitgesetz feststellen. Es wäre deshalb gut, wenn dieses Gesetz so rasch wie möglich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht würde. Es war schon vor den Londoner Vereinbarungen so gut wie fertig und kann deshalb bald nach Ostern den gesetzgebenden Körperschaften angeleitet werden. Da die Londoner Vereinbarungen im wesentlichen nur Mindestgrenzen festsetzen und kein Land daran hindern, über diese Mindestgrenzen hinauszugehen und günstigere Arbeitszeitverhältnisse zu schaffen, so liegt es jetzt am Reichsarbeitsministerium, diese Bewegungsfreiheit nach Kräften auszunutzen und ein Arbeitszeitgesetz zu schaffen, das sich sehen lassen kann.

### Der hartnäckige Braxilianer.

London, 26. März. (Nationalen.)

Nach einer Redlung aus Rio de Janeiro hat der Außenminister Braxilien erklärt, Braxilien werde seinen Einpruch gegen eine Erweiterung des Braxilienbundes solange aufrechterhalten, als nicht ein amerikanischer Staat einen künftigen Ratifiziert erhalte.



### Döhlische Wirtschaft.

Aus Dresden wird uns zu der Seite des döhlischen Verlages noch geschrieben: Eine fürchterliche Seite zeigt der „Galenkreuz“-Verlag und das „Deutschchristenhaus“ in Dellerau bei Dresden an, deren verantwortlicher Leiter Bruno Kanmann in einem Schreiben an seine Gläubiger ein erschütterndes Bild vom Niedergang der döhlischen Wirtschaft entwirft. Das Unternehmen, das bei Abschluß der Inflationszeit nicht nur schuldlos geblieben ist, sondern sogar über einen größeren Kapitalbestand (was sagt das internationale jüdische Weltgericht dazu!) verfügte, verlor die gesamte „Auslandsfinanzierung“ in der Substantivform und offensichtlich auch die Mehrzahl seiner „Auslandsverbindungen“, die durch die „Galenkreuz“-Verträge, die im Jahre 1922 bis 60.000 Reich in Dellerau, ohne irgendwelche Verwertung zu finden. Nun schafft das Unternehmen die Rettung aus seiner Finanznot durch die Herausgabe einer neuen döhlischen Währung, genannt „Königsfuß“ von Herrin Schilling. Nach dem Urteil des berühmten nationalen Vorkämpfers Dr. Max Raurenbrücker soll dieses Maß so wunderbar sein, daß selbst Richard Wagner's „Ring“ wie ein rührlisches 19. Jahrhundert vor ihm verblüht! Auch dieser normale Empfindung haben sich jedoch anstatt der erwarteten 40.000 lediglich 20 Subskribenten gefunden, darunter der deutsche Kronprinz und — Adolf Hitler. Er mußte der döhlische Verlag zu „Darlehen“ und „Bürgschaften“ übergeben, um 30.000 Reich Kredit zu erlangen. Er tröstet sich in seinem Briefschreiben mit der allgemeinen döhlischen Währung der letzten Zeit. So habe die Zeitung „Arbeiter“ eine Ankündigung von 100.000 Reich aufgefunden und die „Deutsche Zeitung“ hätte schon vor dem Kriege 5 Goldmillionen Schulden gehabt. — Schöne Zustände!

### Der Kleiderlieferant der Schwarzen Reichswehr.

**Enthaltungen aus dem Gemeindefestungsamt**  
Berlin, 26. März. (Radiomeldung.)  
Im Remscheid aus dem Preußischen Landtags erhaltete am Donnerstagabend Abg. Diehl (Hr.) einen Bericht über die Geschäftsführung der Firma Sieber, mit der Oberkommando der Reichswehr wegen ihrer Lieferung für die Schwarze Reichswehr in Geschäftsverbindung stand. Der Bericht ergab, trotz allem Eudens das Hauptkontor nicht aufgefunden werden. In einem Privatloft des Hauptmanns Sieber sind jedoch in der Zeit vom 30. Juni 1923 bis zum Januar 1924 Rechnungen für verschiedene Personen, darunter vier von Bannoth, Dörmann, Eberbach, Schieders, und unter dem 4. August eine Rechnung für Klappholz. Der Berichtsteller erklärte, er habe die Heberzeugung gewinnen müssen, daß noch ein weiteres Buch existiere, das aber nicht auffindbar sei. Abg. Diehl (Stomm.) teilt mit, er habe durch Einwirkung in die Kanzlei auch den Namen Diehl, der bei der Ermordung Rathenau's eine Rolle spielte, ermittelte. Jedoch kein Name besagen, daß die Firma Sieber nicht nur an die Kompanie von Bannoth, sondern auch an das Bataillon Benn, dem Stein angehörte, stufenweise grüne Uniformen geliefert habe. Als sich im Verlauf der Aussprache der Abg. Eichhoff (D. Wp.) zu der Bemerkung verließ, Oberkommando Sieber habe ihm recht was gefallen, weil er keine Notizen hatte, um denen er einwandfreie Beziehungen hatte, weil er glaubte, es würde dann ein Mafel an ihnen haben bleiben, erklärt Abg. Diehl, Sieber wird schon seine Gründe gehabt haben. Als zwei wichtige Gründe nennt Abg. Diehl: 1. Es ist mir zuverlässig mitgeteilt worden, daß bei Sieber die Photographie einer bestimmten politischen Persönlichkeit mit einer sehr feinen Abbildung gefahren worden ist. 2. Daß an gewissen Beförderungen aus dem Sommer 1923, über die Sieber selbst ausgelegt hat, eine sehr bekannte Persönlichkeit des öffentlichen Lebens mindestens einmal teilgenommen hat, deren Namensnennung bei allen den wichtigsten Erläuterungen hervorgerufen würde. Als Abg. Eichhoff verließ, hat eine Photographie mit einer Abbildung gar nichts beweist, nur ihm unter großer Heiterkeit Abg. Diehlmann (Soa.) zu: „Es war ja keine Photographie von Siebermann!“

**Hebräisches Amt und hoffnungslos.** Die „Germania“ meldet aus Jerusalem, daß die Stadt seit dem 1. März keine Hoffnung auf Befreiung vorhanden.  
**Musikalisches Recht.** Aus Rom wird gemeldet: Heute beginnt hier der Prozeß gegen den früheren Leiter des „Avanti“, Nemi. Die Anklage lautet auf Verletzung von Urheberrechten, begangen durch Reproduktion der Schrift „Die Erinnerung Matteotti's“ mit der Reproduktion mit dem falschen Namen!

# Im „Friedhof des Pazifik.“

Die Brackflotte vor Vancouver. / Warnungen, die sie nicht erreichten. / Eine stumme „Corey“.

## Das Grubenunglück in Oberhausen.

12 Tote, 31 Verletzte.

Das Grubenunglück in Oberhausen. (Eig. Drahtbericht.)  
12 Tote, 31 Verletzte.  
Das Grubenunglück in Oberhausen. (Eig. Drahtbericht.)  
Die Bergarbeiterverbände teilten zu den am Donnerstagmorgen erfolgten schweren Grubenunglück auf der Grube „Oberhausen“ in folgendes mit: Am Mittwoch ist auf der Grube Oberhausen 1/III wegen Abgemangelte gefahren worden. Infolge dessen fuhr am Donnerstag nur die Bergarbeiter, so daß die Grube, die zu Tage gingen, leer waren. Die Anfahrt erfolgte reibungslos. Die Instandhaltung förderte die Leute nach der vierten und siebenten Sohle. Nach den siebenten Sohle fuhr der letzte Stock. Der Schacht ist 750 Meter tief und zwischen der siebenten und achten Sohle abgedeckt durch eine Sicherheitsstange, auf die der Instandhalter aufgetreten ist. Das obere Seil ist am vergangenen Sonntag neu aufgelegt worden, während das untere Seil älter war. Der Instandhalter hatte drei Fagen, die obere für 30 Mann, die mittlere und untere für je 10 Mann Arbeitskräfte. Die genaue Zahl der Eintretenden konnte noch nicht festgestellt werden. Bisher sind 31 teils leicht, teils schwer Verletzte geborgen, außerdem drei Tote. 16 Mann werden noch vermisst. Die Verletzungen betreffen aus Knochen- und Beinbrüchen und Rückenverletzungen. Ob ein Verlegen der Fördermaschine oder Bruch eines der beiden Seile vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden. Die in der unteren Sohle befindlichen Bergleute, deren genaue Zahl noch nicht ermittelt werden konnte, sind tot. Sie konnten noch nicht alle geborgen werden, weil der Korb durch die Wucht des Aufsteigens auf die Sicherheitsstange geriet und sich mit Brennaparaten aufgeschaltet werden muß. Die Bergarbeiter sind funktionell. Das Diagramm ist von der Bergbehörde beschlagnahmt.

Im Laufe des Donnerstagabend sind bei dem Bergarbeiterverband Beschlusssitzungen der Bergarbeiter-Internationale und des französischen und holländischen Bergarbeiterverbandes eingetroffen. Die öffentlichen Gebäude in Oberhausen haben Halbtag geblieben. Vor der polizeilich abgesperrten Grube hielten sich eine große Menschenmenge, wobei sich unter den Angehörigen der Opfer des Unglücks ergriffene Szenen abspielten. Von den geborgenen Toten konnten bisher nur die Bergleute Wilhelm Hagenhaus und Hermann Roter aus Mühlheim-Dörpen identifiziert werden. Ein Vertreter der Staatsanwaltschaft Duisburg ist auf der Unglücksgrube erschienen.

### Oberhausen, 26. März. (WZ.)

Die Bergarbeiter auf der Grube Oberhausen „Gute Hoffnungsgrube“ sind beendet. Es sind insgesamt 12 Tote und 31 Verletzte zu beklagen.

### Belleid des preussischen Ministerpräsidenten.

Der preussische Ministerpräsident Braun hat der „Gute Hoffnungsgrube“ in Oberhausen und dem Betriebsausführer der Grube Oberhausen im Namen der preussischen Staatsregierung das Beileid zu dem schweren Grubenunglück ausgedrückt, verbunden mit dem Wunsch auf baldige Genesung der Verletzten.

### Schweres Autounglück.

Prüm (Eifel), 26. März. (WZ.)

Gestern nachmittag rannte ein Lastauto in Prüm gegen die Mauer eines Hauses, durchwachte diese und fiel gegen die Wand des Nachbarns. Das Lastauto wurde von herabfallenden Gesteinsmassen zertrümmert. Eine der beiden auf dem Automobil befindlichen Personen war sofort tot und die andere wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht, wo sie hoffnungslos darniederliegt.

**Scharlachepidemie im Kreise Schwob.** Im Kreise Schwob in Romerstein ist eine große Scharlachepidemie ausgebrochen. Die päpstlichen Behörden haben in den betreffenden Dörfern die Schließung sämtlicher Schulen veranlaßt.

**Lederwaren bekannt gute Pletsch** 32 Steinweg 32 Qualitäten Pletsch a Rannich Blas

An der Westküste von Kanada, unweit der Grenze der Vereinigten Staaten, dort, wo die Insel Vancouver Britisch-Kolumbien vorgelagert ist und die Felsenküste Vancouver Ausgangshafen und Endziel für den regen Verkehr auf den Dampfbooten von und nach Victoria, Nanaimo, Kamloops, San Francisco, Sitka und den Häfen am Puget Sound ist, breitet sich die berüchtigte, von allen Kapitänen gefürchtete „Brackflotte des Pazifik“ an der Südspitze der Insel, an der die Dampfer vorbeifahren müssen, um durch die Juan-de-Fuca-Straße in den Hafen von Vancouver einzulaufen, häufen sich die Bracks der Schiffe, die auf die selbige Straße ausgefahren und gescheitert sind. Diese Insel bildet ein Glied der Vancouver-Kette, die im Süden mit dem Mount Olympus beginnt und im Norden, in Alaska, wieder auf den Kontinent stößt; die Brackflotte hat die Insel fast bis auf eine kleine Ebene im Südosten vollständig aus, die Küsten sind vielfach fischartig gerissen, meist auch von steilen Felsen gebildet, an denen sich das Meer gewaltig bricht. Diese Felsen stellen für die vorbeifahrenden Dampfer eine schwere Gefahr dar. Dem Ruf „Friedhof des Pazifik“ ist, verdonkt diese gefährlich oder der menschlichen Zügel, daß über der Südspitze der Insel eine „Zone des Schreckens“ domiert ist, die die Rebellflotte der Reichtumsstürmer nicht zu durchdringen vermag. Auf Grund der Berichte der Kapitäne und Schiffsführer, deren Dampfer in diesen Gewässern freuzten, werden seit langer Zeit Untersuchungen angestellt, um diese merkwürdige Erscheinung zu erklären. Die Feststellungen der Forschungscommission empfehlen den nachgehenden Stellen als einzige Maßregel, das Problem zu lösen, die Verletzung des Reichtums. Die Rebellflotte, die von Asien über Australien her in die Juan-de-Fuca-Straße einfließen, haben immer und immer wieder in ihren Berichten darüber Klage geführt, daß sie die Grenzen des Reichtums nicht gekannt hätten, obwohl es anderen, viel fernere gelegenen Stellen diese Warnungsbotschaften zum Besten bringen konnten. So haben im Jahre für Jahr Schiffe aus allen Teilen der Welt, die im Rebell der unglücklichen Pazifiksee geteilt und die große Brackflotte auf diesen Schiffsfriedhof um ein neues Opfer bemehlt. Die einschlagende Werbung führte der Bericht herbei, den der Kapitän des „Franklin“ „Cembel“ von der „Holland-America“-Linie den festsitzenden Behörden erstattet hatte, nachdem sein Schiff bei der Rebell-Insel, unweit der Signalstation, gescheitert war. Kapitän „Blunt“ von der „Cembel“ führt in seinem Bericht aus, daß bevor das Schiff auf den felsenigen Grund auflief, sein Nebelsignal zu vernehmen gewesen sei. Eingehende Nachforschungen ergaben dann den Beweis, daß die Rebellflotte anderer Schiffe, die in unglücklicher Entfernung von dem gefährlichen Felsen lagen, diese Signale deutlich gehört hatten. Die Scharlachepidemie ist auf Grund dieser Tatsache nunmehr zu dem Schluß gelangt, daß Wind und Wetter in bestimmten Perioden zusammenwirken, um eine Rebellflotte zu schaffen, die keine Zensur und Klammern durchdringt. Man nimmt an, daß diese Zone einen Radius von vielen Meilen besitzt. Als die Verletzten bei ihren Untersuchungen einmal an Bord eines kleinen Dampfers in der gefährlichen Gegend freuzten, konnten sie im Rebell den Reichtum so deutlich vor sich liegen sehen, daß es ihnen kaum möglich war, die Gefahren der Reichtumszone zu erkennen. Trotzdem vermochten sie nicht einen Ton der heulenden Sirenen zu hören.

### Untersuchung gegen das Ehepaar Jürgens.

Neues belastendes Material.

Berlin, 26. März. (Privattelegramm.)

Wie die „Völkische Zeitung“ meldet, wird die Untersuchung gegen Landgerichtsdirektor Jürgens nach Ablehnung der Haftbeschwerde weitergeführt. Es hat sich neues belastendes Material hauptsächlich in Bezug auf die in Ralsberg und Stargard verübten Einbrüche angeammelt. Bei der Untersuchungsbehörde laufen außerdem weitere Anzeigen über Kreditfälschungen ein.

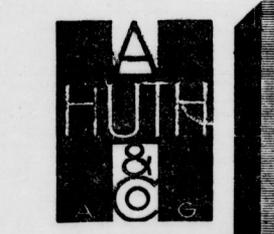
**Großer Feuersbrand in Jena.** Nach Mitteilern aus Jena brach in dem Erdgeschoss des Glaswerkes Schott Jener aus, das durch die Explosion eines Schweißapparates entzündet worden war und schnell größere Ausdehnung erlangte. Das Gebäude gehört zu den Neubauten der Firma Zeiss.

**Fahrräder**  
Krimm  
Dantzer  
Breth  
Victoria  
Diel 1285  
Reparaturwerkstatt  
**Paul Krause**  
Gleise Ulrichstraße 10  
Zahlungsanweisung

**Wurstwaren**  
1571  
Kolonia.waren  
besten Qualitäten.  
**Marta Grauert**  
Neandhäuser 3  
**Strickwolle**  
1/2, 0,75 Mk.  
Geminder  
Beraburger Str. 10

**Garnarbeit**  
nebst Blüme  
nähen. Zugleich  
eine neue Kinder-  
bettchen u. Gardin-  
schleier (15 Meter)  
zu verkaufen  
wolle, Strichtr. 10

**Goblieder-**  
Auschnitt  
Gentel 1885  
Schuhcreme  
**A. Fabig**  
Söllerenstraße 1. 1838



# Extra billige Angebote

## Gardinen u. Teppichen

Beachtenswerte Ausstellung in den Schaufenstern

**A. Huth & Co.** A. Halle a. S.  
Gr. Steinstraße 86/87 und Markt 21



# Kraftvoll vorwärts!

## Generalversammlung des Ortsvereins Halle der Sozialdemokratischen Partei.

Halle, den 26. März 1926.  
Der Sozialdemokratische Ortsverein Halle hielt gestern abend im „Volkspark“ seine fällige Generalversammlung ab. Der außerordentlich starke Besuch und die große Aufmerksamkeit, mit der der Bericht über die im letzten Jahre geleistete Arbeit entgegengenommen wurde sowie die sehr lebhaften Ausprüche kundgebenden Anwesenden dafür, daß das Verammlungsleben sich befeuert und damit für die weitere Entwicklung der Organisation Genüge gehalten ist. Nach Erhebung der Toten ergriß Parteisekretär Genosse Petersdorff das Wort zur Eröffnung des Geschäfts- und Kasensberichts.

Die Berichtsperiode umfaßt diesmal nur drei Monate, da auf Grund eines auf dem Verberlicher Parteitag gefaßten Beschlusses das Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr zusammengelegt worden ist. Unter Hinweis auf die Wahlen zum Provinziallandtag und die Reichspräsidentenwahl stellte der Berichterstatter fest, daß auch das abgelaufene Jahr ein Kampfjahr war. Das Verammlungsleben war ein außerordentlich reges. Einige der verammlungen Wahlkämpfe waren überfällig. Allmonatlich fanden die regelmäßigen Ortsbezirksversammlungen statt, in denen die internen Parteiverhältnisse erörtert und aufläuternde Besprechungen gehalten wurden. Weiter war der Besuch dieser Verammlungen nicht immer ein guter. Öffentlich schafft hier die loben durchgeführte Neorganisationsarbeit. In den allgemeinen Mitgliedsversammlungen wurden ebenfalls belehrende Vorträge gehalten. Die verberlichen Gesamtsitzungen (1. Mai, 9. November) waren gut besucht.

Petersdorff gab dann einen Auschnitt aus der Fülle der Arbeit, die im Interesse der Förderung der Organisation geleistet wurde und erludte insbesondere die jüngeren Genossen, sich der im Verberichtsbericht neuangegebenen Jungsozialistengruppe anzuschließen. Eine Besprechung ganz besonderer Art sind die Abenden des freizügigen Sprechens. Gerade diese Erfindung hat sich als notwendig erwiesen. In kurzen Worten schilderte der Redner dann die Arbeit unserer zwar kleinen, aber in sich geschlossenen Mathausstraktion und ihre schwierige Lage gegenüber dem als kompakte Masse auftretenden reaktionären Bürgerblock. Gewaltige Kämpfe hat die Straktion insbesondere führen müssen, um dem immer größer werdenden Druck der Erwerbslosen nach Möglichkeit zu helfen. Ihr ganzes Augenmerk hat die Straktion darauf gerichtet, der halbtägigen Jugend endlich eine bleibende Stätte zu schaffen. Wie berechtigt diese Forderungen sind, zeigt, daß unsere Arbeiterjugendgruppe, die sich in letzter Zeit erfreulicherweise ebenfalls gut entwickelt hat, mit Ende dieses Monats völlig abgedankt wird, weil die bis hierher bestmöglichen Momente mitschwerdenden Zwecken dienlich gemacht wurden. Der Redner sprach den Wunsch aus, daß man sich mehr als bisher in den Ortsbezirken mit Gemeindegemeinschaften beschäftigen sollte. Ein rühmendes Kapitel ist die von einem kleinen Streife von Parteigenossen mit Hilfe der freien Schulgesellschaft erzielte

### Gründung der weiblichen Schule in Halle.

Den Genossen, die sich so emsig und warm für den Gedanken der weiblichen Schule einsetzten, obliegt den zahlreichen Rednern der herzlichste Dank. (Sehr lebhaftes Bravo!) Näheres über den Stand der weiblichen Schule ist aus einer besonderen Notiz in der heutigen Nummer zu ersehen. Nicht unerwähnt soll dabei bleiben, daß der Erfolg erzielt wurde trotz der einfach unverbildlichen Einstellung der örtlichen kommunikativen Bevölkerung.

Petersdorff berichtete dann über den finanziellen Stand unserer Parteioffiziellen und die Mitgliederbewegung. Obwohl das finanzielle Ergebnis als auch die

Mitgliederzunahme verbleibigen, aber es muß tröstlich weitergearbeitet werden.

Nachdem der Berichterstatter einige Ausführungen über den gezeigten Geschäftserfolg im Parteibüroau gemacht hatte, führte er zum Schluß noch einiges über das Volksbegehren aus. Wenn 1925 Millionen Wähler sich in die Listen eingetragen haben, so können wir freudig feststellen, daß auch wir bei dem Plus beteiligt sind. Es haben sich in Halle 374 Prozent und im Gaukreis sogar 51,8 Prozent der gesamten Wähler in die Listen eingetragen. Wie diesen Ziffern sehen wir

### im Wahlbezirk Halle-Verberbung an erster Stelle.

Da der Bezirksdurchschnitt 34,2 Prozent beträgt, die Eintragungen belaufen sich auf 102,1 Prozent der am 7. Dezember 1924 für SPD, USV, und KPD abgegebenen Stimmen. Wenn auch richtig sein mag, daß nicht alle Wähler, die sich eingetragen haben, Republikaner aus Verberbung sind, so wissen wir doch, daß eine bestimmte, daß sie keine Monarchisten sind. Der Monarchismus hat in diesem Kampf einen Schlag erhalten, von dem er sich nicht wieder erholen wird. Den uns noch bevorstehenden Kampf wollen wir führen als Republikaner und Sozialisten. Auch ist der Anfang richtig gemacht, noch nicht bevor die letzte Schicht! Jeder an seinem Platz, jeder nach seinen Kräften an die Arbeit! (Lebhafter Beifall.)

An Stelle des verberbenden Vorsitzenden Gen. Deininger erhaltete Genosse Läumel den

### Bericht der Profkommission.

Der Stand des „Volkspost“ ist ein zufriedenstellender. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat auf den Verkauf des „Volkspost“ nicht den geringsten Einfluß gehabt. Im Gegenteil, es konnte noch eine

### erfreuliche Zunahme an Abonnenten

verzeichnet werden. Ein Beweis dafür, daß sich auch in Mitteldeutschland die Verhältnisse zu verbessern. Das Zusammenarbeiten zwischen Redaktion und Geschäftsleitung hat zu Differenzen prinzipieller Art nicht geführt. Zu erwähnen wäre, daß die in die Woche geleistete Fuhlen von Druckerei und Verlag recht bald durchgeführt wurde, was zum Nutzen für die technische Ausgestaltung des „Volkspost“ wäre. Nach Vortrag der in der Redaktion eingetragenen Veränderungen richtete Genosse Läumel an die Parteigenossen das Ersuchen, auch die auf beachtliche Höhe gebrachte Buchhandlung zu unterstützen.

### Den Bericht der Frauengruppe

erhaltete Genossin Klara Veder. Die Monatsversammlungen haben im Verberichtsperiode mit eigener für die Frauen zugeschnittener Vorträge. Weiter war der Besuch nicht immer den Frauen hat neben anderem Material die Frauenbeilage des „Volkspost“ geleistet. Sie richtete an die Parteigenossen die Bitte, den Frauen mehr Kameradschaft zu sein und die Werberarbeit unter den Frauen nach Kräften zu unterstützen.

Die sehr lebhafteste Aussprache wurde angeleitet durch den Parteigenossen G. H., der einige bemerkenswerte Ausführungen über den Stand der Jugendbewegung machte und aufforderte, die Kinder zur GSK zu schicken. Einige weitere Redner leisteten sich ebenfalls für die Förderung der Jugendarbeit ein. An der Debatte über den Verberichtsbericht und die Gestaltung des „Volkspost“ zu verberlichen Fragen beteiligten sich die Genossen Schneider, Endorf, Schulz, Hans Schmidt und die Genossen Schiller, Baumann und Kautschendorf. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen und nach einem Schlußwort des Berichterstatters dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

### Die Neuwahl des Vorstandes

Die Neuwahl des Vorstandes erfolgte durch Zufall nach den Vorkäufen der am Dienstag abgehaltenen Funktionärkonferenz. Der neue Vorstand besteht aus folgenden Genossen: Schauburg

(1. Vorst.), Verberlandt (2. Vorst.), Dürrfeld (1. Schriftf.), Litzberg (2. Schriftf.), Petersdorff (Kassierer), und als Beisitzer: Franz Müller, Wanda Bach, Klara Veder, Hilft, Göbel. Der Bildungsausschuß wurde wie folgt zusammengesetzt: Melepp, Engel, Schoeniant, Baumann, Boll, Bensch, Stemler, Eise Albrecht, Bernhardt, Gert, Emmerich und Heinrich Schmidt. Bei der

Neuwahl der Profkommission entstand eine ausgeglichene und teilweise ziemlich scharfe Debatte über die vom Bezirksvorstand erhobene Forderung, die Zahl der Profkommissionmitglieder um einen Vertreter des Landarbeiterverbandes, und zwar den Genossen Sauepe, auf sechs zu erhöhen. In geheimer Abstimmung wurden der Interprofkommission in Vorklag gebracht die Genossen Otto Koch, Läumel, Wäster, Jände und Desslänger.

Damit war die Tagesordnung erledigt und der Vorsitzende Schauburg schloß die Generalversammlung in weit verzögerter Stunde mit dem Wunsch um weiteres Wohlergehen der halbtägigen Sozialdemokratie und dem Hinweis, die am Sonntag in der Hoferschule stattfindende Jugendbeilage zahlreich zu besuchen.

## Parteinachrichten.

### Jugendbeilage 1926.

Die vom Bildungsausschuß der SPD. veranlassete Jugendbeilage findet am Sonntag, dem 28. März, vormittags 10 Uhr, in der Aula der Hoferschule statt. Für die Beilage ist noch eine beträchtliche Anzahl Eintrittskarten vorhanden. Die Karten sind bei den Bezirksleitern zu haben. Ohne Karte kein Zutritt. Es wird gebeten, bis spätestens 10 Uhr zu erscheinen, da Zutrittskontrolle seinen Einfluß mehr finden.

Die Mitglieder des Reien Sängerkorps wollen spätestens um 9.45 Uhr zur Stelle sein.

Bei Gedächtnis zur Jugendbeilage machen wir, der scharfe ein gutes Buch. Von der Jugend beehrte Bücher sind auch in den billigsten Preislisten in der Volksblattbuchhandlung zu haben.

### Der Bildungsausschuß.

### Sprechstunde der SPD.

Stute (Freitag) und montags (Sonntagen) abends 8 Uhr finden die letzten Beratungen für die Jugendbeilage statt. Es ist deshalb Pflicht aller Vereinsmitglieder, zu diesen Beratungen in Jugendheim am Weidenplan zu erscheinen.

### Arbeiterorganisationen in Halle.

Am Montag, dem 29. März, abends 7 1/2 Uhr, findet im „Volkspark“ eine Verammlung von Vertretern aller in Halle bestehenden Arbeiterorganisationen sozialistischer Richtung statt. Zur Besprechung kommen der Jahresbericht der „Volkspark“-Bewertung und „Volkspark“-Angelegenheiten. Jede Organisation (Partei, Gewerkschaft, Sport- und Gefangenverein usw.), die an dem „Volkspark“-Interessen interessiert ist, wird erucht, zwei Vertreter zu entsenden. Die „Volkspark“-Bewertung.

## Soziale Fragen im Haushaltsauschuß.

### Gewaltige Steigerung des Wohlstands.

Bei der Aussprache über die Verbilligung der Mittel zur Anschaffung von zwei Autopumpen im Haushaltsauschuß wurde festgestellt, daß Stadtrat Kamerad Dhande berichtet, welche Methoden wie bei der Straßenreinigung in seinem letzten Besatz der Straßenreinigung, einzufließen. Statt er doch, Komraden, die im Straßenreinigungsbetriebe nicht verwendet werden können (Nichtablieferung von Rohrleitungen usw.), in die Straßenreinigung in gebobene Posten als Hilfsarbeiter ein. Der Vertreter des Arbeiterbezirks wußte zu geben, daß dies ohne sein Wissen

## Prüfen Sie unsere Angebote:

- |  |  |  |   |  |
|--|--|--|---|--|
| wkw-Frühjahrmäntel für Herren mod. Schlüter, zweireihig Ulsterform u. Rückenst. u. Falten in Espun-u. Gabardine-Stoffen 44,- 53,- 45,- <b>38,-</b>       | wkw-Herren-Saccoanzüge moderne Form, neu Stoffmuster, haltbare Qualität 39,- 34,- 29,- <b>24,-</b>   | wkw-blaue Sacco-Anzüge mod. 1- u. 2-reih. Form, eckellose Vorderteile, Chinok, Kammgarn und Twillstoffen 73,- 65,- 59,- <b>48,-</b>                | wkw-Herren-Sportanzüge in mod. Homospun-u. Cordstoff, zweireihig, mod. Form. Breecheshose mit doppeltem Gesäß 53,- 42,- 34,- <b>28,-</b>          | wkw-Herren-Gummimäntel in Nass-, Köper, rom. Ober- u. mod. Cover-Steifzeug, m. ganz Gürt. oder versenkbarem Rückengürt 29,- 26,- 23,- <b>17,50</b> |
| wkw-Frühjahrmäntel zweireihig Ulsterform mod. Ausw. führung, Covercoat, Wainpord und Gabardine 55,- 73,- 65,- <b>53,-</b>                                | wkw-Herren-Saccoanzüge neu, einfarbig, u. Doppelst. eisen in mod. Farben, aparte Frühjahrmuster in Cheviot und Gabardine u. 55,- 46,- 38,- <b>33,-</b> | wkw-Jünglings-Anzüge blau, Tuchevolet, Melton und Kammgarnstoffe, in ein- und zweireihiger Form, dankbar im Tragen 41,- 48,- 42,- 34,- <b>22,-</b> | wkw-Herren-Sportanzüge in mod. Homospun- u. Gabardine u. breiterepp. Cordstoff, solide Verarbeitung, 2- u. 4-teilig 63,- 54,- 45,- <b>42,-</b>    | wkw-Herren-Lodenmäntel mod. Schlüterform, offen u. geschl. tragbar, neueste Farben, imprägn. Stahlboden 36,- 32,- 26,- <b>18,-</b>                 |
| wkw-Übergangs-Paletots schwarz u. marengo, halbschw. Qualität, für Straße und Gesellschaft 74,- 66,- 58,- <b>41,-</b>                                    | wkw-Herren-Saccoanzüge in eleganten neuen Stoffmuster, in Homospunzeug, mod. Karo und neuartige Muster in Gabardine 72,- 64,- 62,- <b>59,-</b>         | wkw-Jünglings-Anzüge gem. Cheviotstoff, mod. Streif, neueste Frunja radessin, solide Form, tragbare Qualitäten 42,- 34,- 29,- <b>22,-</b>          | wkw-Jünglings-Sport-Anzüge moderne Sportform, 1-gemustert, Cheviote, Loden u. Cordstoff, Breecheshose, doppeltes Gesäß 42,- 38,- 33,- <b>29,-</b> |  |
| wkw-Herren-Covercoat-Paletots einreih. mod. Sportform, flammfest, mod. u. u. verdeckt. Leiste mod. Farbtönen, solide Qualität 63,- 59,- 53,- <b>46,-</b> | wkw-Herren-Saccoanzüge aus besten Cheviot, Kammgarn u. Gabardine-Stoffen, mit Auswurf, vollwertig, Brause 1 Maß 64,- 60,- 55,- <b>78,-</b>             |  |   |  |

# S. Weiss

Halle, am Markt





